

IN KÜRZE

KKR möchte
Telecom Italia kaufen

dba · Nun also doch. Mehrmals hatte Telecom Italia (TIM) in den vergangenen Wochen betont, es seien keine Verhandlungen über das Netzwerk oder andere strategische Assets im Gange. Am Sonntagabend jedoch gab das Unternehmen das Vorliegen einer Kaufabsicht bekannt – und zwar gleich für den ganzen Konzern. Das amerikanische Private-Equity-Haus KKR hat eine unverbindliche Absichtserklärung gemacht. Es würde sämtliche Aktien kaufen und die Firma von der Börse nehmen. KKR bietet 50,5 Cent je Aktie. Die Titel waren am Freitag mit 34,65 Cent aus dem Handel gegangen. Das Angebot von 10,8 Mrd. € entspricht also einer Prämie von rund 46% auf dem letzten Kurs.

Ericsson
will Vonage übernehmen

(dpa) · Der schwedische Netzwerkausrüster Ericsson will sich in den USA durch einen milliardenschweren Zukauf verstärken. Für 21 \$ je Aktie soll der Anbieter von cloudbasierter Kommunikation Vonage gekauft werden, wie der Nokia-Konkurrent am Montag mitteilte. Inklusiv Schulden werde Vonage damit mit 6,2 Mrd. \$ bewertet. Der Abschluss soll in der ersten Hälfte des kommenden Jahres erreicht werden. Das Vonage-Management unterstützt die Übernahme. Der Schlusskurs von Vonage lag am Freitag bei \$ 16,37.

Ryanair-Chef sieht seine
Airline als klimafreundlich

(dpa) · Die Billigfluggesellschaft Ryanair sieht sich als besonders klimafreundliche Airline. Mit der sehr jungen Flotte und den höchsten Auslastungen der Industrie erreiche man die geringsten CO₂-Werte pro Passagier, sagte der Chef der Ryanair-Gruppe, Michael O'Leary, am Montag in Brüssel. Zudem investiere man in den kommenden fünf Jahren Milliarden Euro in 210 neue, effizientere Flugzeuge, die mit rund 16% weniger Kerosin pro Passagier auskämen. Bei einer Veranstaltung der Flugsicherheitsorganisation Eurocontrol griff der Ire andere Airlines wie auch die Europäische Union frontal an. So seien die Staaten seit Jahren an der Aufgabe gescheitert, die Kontrolle des europäischen Luftraums zu vereinheitlichen. Bei einer effektiven und deregulierten Organisation der Flugsicherungen könnten aus seiner Sicht bis zu 20% Kerosin gespart und 95% der Verspätungen vermieden werden, meinte O'Leary.

Inflation könnte auf knapp
sechs Prozent steigen

(dpa) · Die deutsche Bundesbank hält einen sprunghaften Anstieg der Inflation in Deutschland auf knapp 6% im November für möglich. Im Oktober war der harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI, den die EZB für ihre Geldpolitik heranzieht, in Deutschland auf 4,6% gestiegen. In diesem Monat könnte die Rate «sogar knapp 6% betragen», schrieb die Notenbank in ihrem am Montag veröffentlichten Monatsbericht.

Banken müssen Klimarisiken
entschlossener angehen

(dpa) · Viele Grossbanken im Euro-Raum gehen Klima- und Umweltrisiken für ihr Geschäft nach Ansicht der EZB-Aufseher noch nicht entschlossen genug an. Anhand einer Analyse von 112 Geldhäusern kommen die Bankenaufseher der Europäischen Zentralbank (EZB) zu dem Schluss, dass die Institute zwar «erste Schritte zur Einbeziehung klimabezogener Risiken unternommen haben». Allerdings erfülle «keine Bank auch nur annähernd alle Erwartungen der Aufsichtsbehörden», bilanzierte die Bankenaufsicht am Montag.



Der ehemalige UBS-Konzernchef Peter Wuffli will nicht nur Geld transferieren. Mit seiner Elea Foundation setzt er auf Unternehmertum, um absolute Armut in Entwicklungsländern zu bekämpfen.

OLIVER RUST

Die Schweiz ist ein Land der Philanthropen: 13 514 gemeinnützige Stiftungen verfügen hierzulande über ein kumuliertes Vermögen von 100 Mrd. Fr. Ihre Zwecke sind so unterschiedlich wie die Höhe ihrer Mittel. Die Schweizer Stiftungslandschaft umfasst kleine Stiftungen, die das Heimatmuseum oder den Jugendchor fördern, bis hin zu Kolossen wie der Jacobs Foundation. Letztere finanziert mit ihrem Vermögen von 7 Mrd. Fr. Bildungsprojekte in der ganzen Welt. 80% der Schweizer Stiftungen besitzen hingegen weniger als 5 Mio. Fr.

Der relative Wohlstand und das liberale Stiftungsrecht haben zu dieser Fülle an philanthropischen Organisationen geführt. «Stiftungen haben in der Schweiz fast perfekte Rahmenbedingungen», sagt Lukas von Orelli, der Präsident des Dachverbandes für gemeinnützige Förderstiftungen, Swiss Foundations. Eine Stiftung kann von jedem unkompliziert gegründet werden, und wenn sie einen gemeinnützigen Zweck erfüllt, muss auf Kapital und Erträge keine Steuer gezahlt werden.

Die Steuerbefreiung ist zwar kanton unterschiedlich geregelt, doch die Gemeinnützigkeit wurde 1994 in einem Kreisschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung schweizweit eher breit als «Fehlen von Erwerbs- und Selbsthilfzwecken» definiert. Dies erklärt die grosse Bandbreite an Themenbereichen, die gemeinnützige Stiftungen abdecken.

Stiftungen in der Kritik

Der Stiftungssektor ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Jährlich schütten Schweizer Stiftungen schätzungsweise 3 Mrd. Fr. aus und beschäftigen Anwälte, Vermögensverwalter und Berater. Trotz oder gerade wegen ihres Einflusses werden Stiftungen zunehmend kritisiert. Zu intransparent und ineffizient seien die Aktivitäten der steuerbefreiten Organisationen. Teilweise kam es auch zu eklatanten Interessenkonflikten, wobei Stiftungsräte persönlich vom Stiftungsvermögen profitierten.

Der jüngste Angriff kommt aus dem Lager der Philanthropen selbst.

100 Milliarden
für den guten
Zweck

In kaum einem anderen Land gibt es so viele gemeinnützige Stiftungen pro Kopf wie in der Schweiz. Geht es nach dem Roche-Erben André Hoffmann, hat die traditionelle Philanthropie jedoch versagt. Von Rewert Hoffer

So sagte der Stiftungsratspräsident der Umweltstiftung Mava Foundation und Roche-Erbe André Hoffmann vor kurzem, dass die klassische Philanthropie «versagt» habe. Mit gutgemeinten Geldtransfers würden nur Symptome bekämpft, die Ursachen blieben aber bestehen: «Projekte, die es nur gibt, solange wir bezahlen, und die aufhören, wenn wir uns zurückziehen, sind fehlerhaft. Das ist ein Irrweg. Der Erfolg eines Projektes darf nicht vom Geldgeber abhängen. Es muss ein Geschäftsmodell zugrunde liegen, das das Überleben sichert.»

Lukas von Orelli kann seine grundsätzliche Kritik teilweise nachvollziehen: «Einfach nur Geld zu geben und dann weiterzugehen, ist nicht optimal.»

Impact Investment

Einer, der es unternehmerisch angeht, ist Peter Wuffli. Der ehemalige Konzernchef der UBS hat 2006 die Elea Foundation für Ethics in Globalization gegründet. Die Stiftung setzt sich das Ziel, mit unternehmerischen Mitteln die absolute Armut in der Welt zu bekämpfen.

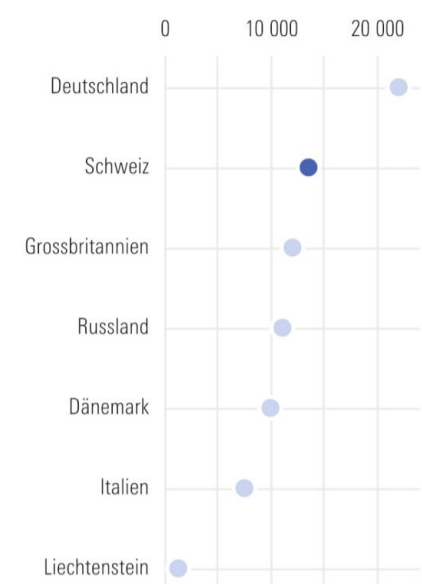
Elea investiert in junge Firmen in Entwicklungsländern, die mithilfe von Kapital und Expertise langfristig erfolgreich werden sollen. Der Vorteil des Investierens im Gegensatz zur projektbezogenen Philanthropie bestünde in der von Hoffmann geforderten Nachhaltigkeit, betont Wuffli: «Unternehmer denken in der Regel in Jahrzehnten, während Projekte einen begrenzten Zeithorizont haben.»

Beispielsweise investiert Elea in ein junges Unternehmen in Südafrika, das Frauen aus Townships in vier Monaten zu Kosmetikerinnen ausbildet und sie in eigenen Studios anstellt. In solchen und ähnlichen Bereichen sei philanthropische Projektarbeit ungeeignet: «Die Schweiz wurde ja nicht erfolgreich, weil jemand von aussen ein paar Entwicklungsprojekte gefördert hat», sagt Wuffli. «Für die längerfristige ökonomische Entwicklung gilt: Unternehmertum ist wirksamer als Philanthropie.»

Trotz dieser Überzeugung sieht Wuffli auch für die klassische Philan-

Hier gibt es die meisten Philanthropen

Anzahl gemeinnütziger Stiftungen in ausgewählten europäischen Ländern

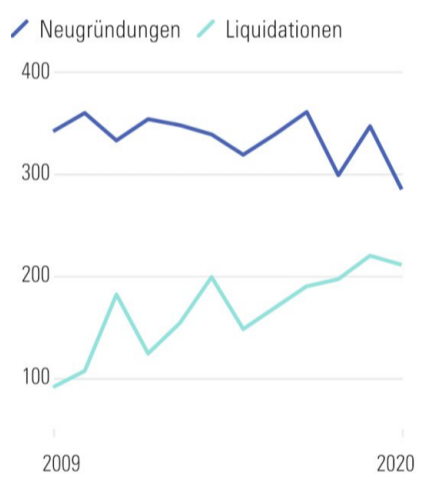


QUELLEN: DAFNE, CEPS

NZZ / rew.

Weniger Neugründungen, mehr Liquidationen

Anzahl der Liquidationen und Neugründungen gemeinnütziger Schweizer Stiftungen pro Jahr



QUELLE: CEPS

NZZ / rew.

thropie eine Daseinsberechtigung, so etwa für die Unterstützung von Menschen in Notsituationen, den zeitlich befristeten Bau von Infrastrukturprojekten oder andere Bereiche, in denen Marktlösungen nicht funktionieren.

Nicht einfach nur Geld geben

Bei jeder Investition verfolgt die Elea Foundation neben einem finanziellen auch das soziale Ziel der absoluten Armutsbekämpfung. Dieses wird mittels einer Reihe von Indikatoren gemessen, etwa der Anzahl begünstigter Menschen und der Intensität und Dauer der Wirkung. «Dabei ist auch die Gewinnerzielung immer essenziell für die Nachhaltigkeit des Projektes», sagt Wuffli.

Damit beide Zielsetzungen erreicht werden, beschränkt sich die Stiftung nicht darauf, Geld zu vergeben. Elea unterstützt die Unternehmen, in welche die Stiftung investiert, mit einem Team von rund 20 Ökonomen und Ingenieuren: durch Mitwirkung in Verwaltungsräten, bei der Strategieentwicklung oder dem Krisenmanagement: «Wir gehen als Faustregel davon aus, dass wir für jeden Franken Risikokapitalbeteiligung zusätzlich einen Franken in die Begleitung investieren», sagt Wuffli.

Gemeinnützig wirtschaften

Trotz dem unternehmerischen Ansatz ist auch Wufflis Stiftung gemeinnützig und damit steuerbefreit. Seit der Gründung hat sich Elea an 40 Unternehmen beteiligt, von denen etwa die Hälfte die wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen erfüllt hat. Dass die Hälfte der Unternehmen durchfalle, sei vergleichbar mit der Quote konventioneller Risikokapitalgeber, sagt Wuffli.

Die Profite aus den Investments seien jedoch nicht vergleichbar mit jenen von Venture-Capital-Fonds. Doch bei einer kleinen Anzahl sehr erfolgreicher Unternehmen könne etwa das Fünffache des eingesetzten Kapitals erreicht werden ohne Berücksichtigung der angefallenen Kosten. Dies entspricht «einer hohen einstelligen Jahresnettoertragsrate», sagt Wuffli. Die Erträge werden immer vollständig reinvestiert. Das Geld verlässt die Stiftung nicht, weshalb die Steuerbehörden eine Befreiung gewähren.

Wufflis Ansatz überzeugte weitere Geldgeber. Vor 15 Jahren gründete er Elea ursprünglich als Verbrauchsstiftung, die ihren Betrieb einstellen sollte, sobald das Startkapital von 20 Mio. Fr. aus Wufflis Privatvermögen aufgezehrt sein würde. Stattdessen besteht die Stiftung heute aus einem Investorenkreis von etwa 40 Personen, anderen Stiftungen und Unternehmen, die das anfängliche Stiftungskapital mehr als verdoppelt haben. Wuffli zeigt sich daher zuversichtlich, dass nicht nur die von ihm

Oft «verschenken» Stiftungen eher Geld, statt es zu investieren. Doch es kündigt sich ein Mentalitätswechsel an.

geförderten Unternehmen eine nachhaltige Zukunft haben, sondern auch die Stiftung selbst weiterbestehen wird.

Stiftungslandschaft ändert sich

Die unternehmerische und professionalisierte Philanthropie spiegelt allerdings noch nicht den Mainstream im Schweizer Stiftungssektor. Oft «verschenken» Stiftungen eher Geld, statt es zu investieren. Doch es kündigt sich ein Mentalitätswechsel an. Ein Indikator für den strukturellen Wandel ist die Zunahme von Stiftungsliquidationen. Das habe damit zu tun, dass mehr Verbrauchsstiftungen mit einem spezifischeren Förderschwerpunkt gegründet wurden, erklärt Lukas von Orelli.

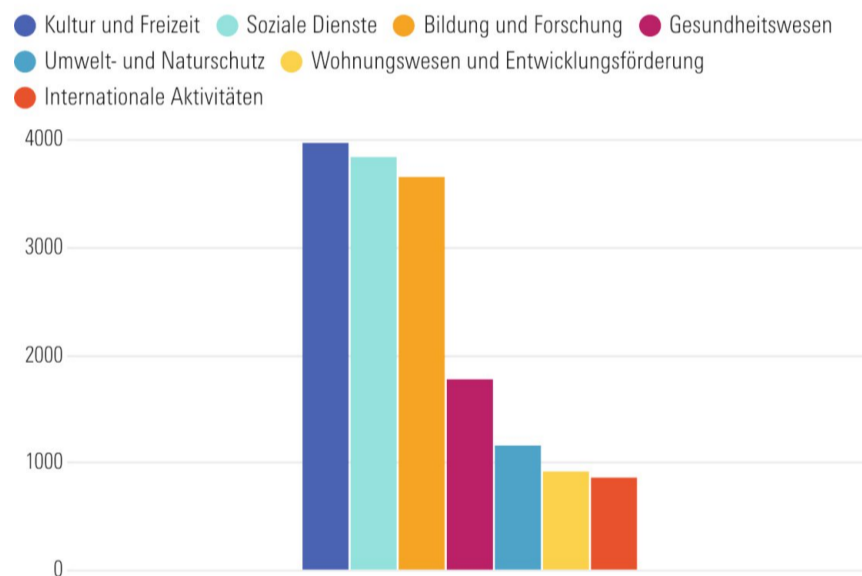
«Die Stiftung als ewiges Institut verschwindet schrittweise. Inzwischen fragen sich Stifterinnen und Stifter öfter, wie sie in kurzer Zeit möglichst viel bewirken können», sagt von Orelli.

Der Prozess vollzieht sich allerdings langsam. Heute sind schätzungsweise nur etwa 5% der Schweizer Stiftungen Verbrauchsstiftungen. Nach Ansicht von Peter Wuffli agieren zwar mehr Stiftungen unternehmerischer als zur Zeit der Gründung von Elea. Doch seine Stiftung sei mit ihrer Herangehensweise auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung noch immer «eine Pionierin».

Auch heute wird in der Schweiz im Schnitt noch fast jeden Tag eine gemeinnützige Stiftung gegründet. Sollten diese neuen Stifter ebenfalls stärker auf Effizienz und Unternehmertum setzen, könnte vielleicht sogar André Hoffmann noch mit der Philanthropie versöhnt werden.

Schweizer Stiftungen fördern vor allem Kultur, Soziales und Bildung

Anzahl gemeinnütziger Schweizer Stiftungen in ausgewählten Bereichen, Stand: Januar 2021



QUELLE: CEPS

NZZ / rew.

Reichtum verpflichtet, doch was bedeutet das?

In Europa spenden Reiche «auf Ewigkeit», in Amerika mit einem Ablaufdatum

THOMAS FUSTER

Die Kunst des Gebens wird in den USA und Kontinentaleuropa unterschiedlich praktiziert. Zwar gilt Gemeinnützigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks als Tugend. Doch der institutionelle und kulturelle Rahmen für philanthropisches Engagement unterscheidet sich deutlich. Das hinterlässt auch Spuren im Stiftungswesen.

Rampenlicht oder Diskretion

Ein Unterschied zeigt sich schon bei der Publizität. «Tue Gutes und rede darüber», lautet das Credo in den USA, und zwar nicht nur bei milliardenschweren Philanthropen wie Bill Gates, Warren Buffett oder Michael Bloomberg. Auch Spender mit bescheideneren Mitteln suchen die Öffentlichkeit. In Europa hingegen geben sich Stifter eher diskret.

Stiftungen sind in den USA entsprechend präsenter. Und weil das private Entstehen etwa für Kirchen, Kultur oder Schulen nichts Aussergewöhnliches ist, erfährt das Publikum meist auch, welcher Person das Museum, die Bibliothek oder der Konzertsaal zu ver-

danken sind. Denn viele Gebäude – bekannte Beispiele sind die Carnegie Hall oder das Guggenheim Museum – tragen den Namen der Gönner.

Weiter fällt auf, dass in den USA viele erfolgreiche Unternehmer schon in relativ jungem Alter zu Philanthropen werden. Das «neue Geld» trage damit unternehmerische Ansprüche ins Stiftungswesen, schreibt Avenir Suisse in einer Analyse. Eine Folge davon ist, dass diese Personen neben Geld auch eigene Ideen und Erfahrungen in die Stiftungsarbeit einbringen.

In Kontinentaleuropa hingegen kommt es häufig vor, dass das Geld der Vermögenden erst kurz vor ihrem Lebensende oder gar danach in eine Stiftung übergeführt wird. Zwar gibt es viele Ausnahmen zu dieser Beobachtung. Dennoch trifft es zu, dass Europas Philanthropen das operative Agieren «ihrer» Stiftungen persönlich weniger prägen.

Die Stiftungen weisen auch eine unterschiedliche Langlebigkeit auf. In Kontinentaleuropa sind sie oft «auf Ewigkeit» angelegt; das Ziel ist also der Vermögenserhalt. Ausgeschüttet werden in diesem Modell vor allem die laufenden Erträge. Bei niedrigen Zinsen bedeutet das, dass

dem gemeinnützigen Zweck alljährlich nur relativ wenig Geld zugutekommt.

In den USA hingegen sind Verbrauchsstiftungen populärer. Diese sind nicht auf Ewigkeit konzipiert, sondern wollen innerhalb absehbarer Zeit eine möglichst grosse Wirkung entfalten. Entsprechend mehr Geld wird ausgeschüttet. Dies auch deshalb, weil Stiftungen in den USA nur dann steuerbefreit sind, wenn sie pro Jahr mindestens 5% des Vermögens für Gemeinnütziges ausgeben.

Regionale Unterschiede gibt es auch beim Stiftungszweck. In den USA, wo es keine Kirchensteuer gibt, sind Zuwendungen an religiöse Institutionen verbreiteter als in Europa. Zudem fliesst in Amerika mehr privates Geld ins Bildungssystem. Grosszügig bedacht werden dabei namentlich Eliteuniversitäten, wo oft Kinder aus gutem Haus studieren, was die soziale Ungleichheit eher perpetuiert statt abbaut.

All diese Unterschiede haben auch sozialpolitische Gründe. Was etwa in Europa zumeist der Wohlfahrtsstaat erledigt, bleibt im Kapitalismus amerikanischer Prägung oft ungerichtet. Insofern kann das höhere Spendenaufkommen der USA auch als Korrektiv für den schwa-

chen Sozialstaat interpretiert werden. Die Reichen bezahlen für jenen kapitalistischen Freiraum, der ihnen das Reichwerden erst ermöglicht hat.

Die Schweiz als Zwitter

Zu diesem Spielraum gehört auch, dass in den USA Stiftungen und Spenden steuerlich stärker begünstigt werden als in den meisten Staaten des alten Kontinents. Das ist einer von vielen Gründen, warum Amerika laut einem OECD-Report des Jahres 2020 nicht nur bei der Zahl der Stiftungen, sondern auch beim Spendenvolumen (1,4% der Wirtschaftskraft) global an der Spitze liegt.

Die skizzierten Unterschiede zwischen den zwei Stiftungswesen sind keineswegs eindeutig und verwischen sich vielerorts. Das zeigt sich vor allem beim Blick auf die Schweiz, die laut Avenir Suisse eine Zwischenposition einnimmt. So muten hierzulande viele Charakteristiken eher amerikanisch als europäisch an, etwa das liberale Stiftungsrecht, die Tradition bürgerlichen Engagements (Stichwort: Milizsystem), die hohe Dichte wohlhabender Personen und die hohe Spendenbereitschaft.



SCHWARZ UND WIRZ

Die Grösse im Kleinen

CLAUDIA WIRZ

Die Grossen sind nicht nur gross, sie lieben auch den pompösen Auftritt. Etwa dann, wenn sie sich im Rahmen des G-20-Treffens in Rom von Ende Oktober für ein Gruppenbild vor dem Trevi-Brunnen drapieren und vor den Augen des muskulösen Oceanus und der ganzen Weltöffentlichkeit Münzen in just jenes Becken werfen, in dem einst auf so ikonenhafte Weise die Filmlegende Anita Ekberg baden ging.

Ob die Politiker für den vermeintlich glückbringenden Münzwurf Steuergeld verwendet haben, kann hier nicht geklärt werden, und es mag zugegebenermassen eine eher zweitrangige Frage sein. Gleichwohl ist die Münzwurfszene eine geradezu symbolhafte Geste. Denn bei den Treffen der Grossen geht es meist um Geld, genauer gesagt um Steuergeld, das die grossen Staaten dringend brauchen, um ihre Schulden abzubauen, ihre teuren Wahlversprechen einzulösen und ihre riesigen Bürokratien zu finanzieren.

Kein Wunder, feiern die Grossen ihre Einigung auf eine globale Mindeststeuer für Unternehmen als epochalen Erfolg. Denn mit diesem Kniff wird der für Hochsteuerstaaten unangenehme Standortwettbewerb eingeschränkt und unliebsame Konkurrenz ausgebremst. Das Nachsehen haben die Kleinen und Effizienten, die sich einer «Diktatur der Grossen» gegenübersehen. Gleichwohl spricht Angela Merkel von einem «Gerechtigkeitsignal».

Zweifellos ist ein mit der Macht des Stärkeren beschlossenes Steuerkartell für die Kleinen keine gute Nachricht. Und doch gibt es für die Kleinen Gründe, optimistisch zu bleiben. Denn die Kleinheit kennt ihre eigenen Stärken. Einer, der das wissen muss, ist Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein. Auf Einladung des Europainstituts der Universität Zürich referierte er jüngst über die Vorzüge des Kleinstaats, nicht vor dem spätbarocken Trevi-Brunnen, aber immerhin in der geschichtsträchtigen Aula der Universität.

Das Fehlen eines grossen Binnenmarkts etwa erscheint zuerst als Nachteil des Kleinstaats. Bei genauerem Hinsehen ist dieser Umstand aber auch ein Segen, wie Erbprinz Alois ausführte. Wer sich fast ausschliesslich auf dem Weltmarkt bewähren muss, ist gezwungen, innovativ, schnell und wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Selbstgenügsamkeit kann man sich nicht leisten. Das gilt nicht nur für die Unternehmen, sondern auch und vor allem für die staatlichen Institutionen.

Kleinststaaten müssen den Einsatz ihrer knappen Ressourcen genauer planen als die Giganten, was zu mehr Effizienz führt. Weniger Bürokratie, weniger marktverzerrende Subventionen, ein gutes Bildungssystem, mehr Bürgernähe, eine stärkere demokratische Legitimation politischer Entschlüsse, pragmatische Lösungssuche und föderalistische Strukturen – all das gehört jenseits von steuerlichen Erwägungen zu den Stärken der Kleinen. Nicht zuletzt die Digitalisierung ist eine Chance für die Kleinen, denn hier zählt nicht Grösse, sondern Schnelligkeit.

Die Kleinen haben also trotz allem noch ein paar gute Gründe zur Zuversicht – es sei denn, sie machen es wie die Grossen und suchen ihr Glück im «starken Staat».

Claudia Wirz ist freie Journalistin und Redaktorin beim «Nebenspalter».